

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Harald Terpe, Maria Klein-Schmeink, Elisabeth Scharfenberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 18/1875 –**

Maßgabebeschluss des Bundesrates zur Spielverordnung umgehend in Kraft setzen

A. Problem

Änderung der Spielverordnung zur Eindämmung der negativen Folgen für Glücksspielerinnen und Glücksspieler.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 18/1875 abzulehnen.

Berlin, den 15. Oktober 2014

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Barbara Lanzinger
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Barbara Lanzinger

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/1875** wurde in der 46. Sitzung des Deutschen Bundestages am 3. Juli 2014 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legt in ihrem Antrag dar, dass die Spielverordnung Ende 2006 vom damaligen Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie novelliert worden sei. Eine Vielzahl von Vorgaben, die auch Einfluss auf das Suchtpotential der Spiele hätten, seien damals gelockert worden. Daraus resultierend sei es unter anderem zu einer Steigerung des Umsatzes von Geldautomaten und zu einem Anstieg der Zahl der Selbsthilfegruppen von Glücksspielerinnen und Glücksspielern gekommen. Der Bundesrat habe daher nach langwierigen Verhandlungen in einem Maßgabebeschluss gravierende Änderungen zur sechsten Verordnung zur Änderung der Spielverordnung beschlossen. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie habe zwar angekündigt, baldmöglichst eine Entscheidung über das weitere Vorgehen mit dem Ziel einer einvernehmlichen Lösung treffen zu wollen. Bis dato sei aber nichts geschehen. Vor diesem Hintergrund fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Bundesregierung auf, der sechsten Verordnung zur Änderung der Spielverordnung mit den Maßgaben des Bundesrates aus seiner 912. Sitzung vom 5. Juli 2013 zuzustimmen und einen entsprechenden Kabinettsbeschluss durch das zuständige Bundesministerium für Wirtschaft und Energie herbeizuführen.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 18/1875 verwiesen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuss für Gesundheit hat keine Stellungnahme abgegeben.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 18/1875 in seiner 20. Sitzung am 15. Oktober 2014 abschließend beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/1875 zu empfehlen.

Berlin, den 15. Oktober 2014

Barbara Lanzinger
Berichterstatteerin

